

**Die Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei, der DDR und in Polen 1945-1990:
soziale Lage, soziale Verhaltensweisen, politische und soziale Konflikte**

Veranstaltung des Collegium Carolinum
am 27. und 28. April 2000 in Prag

Für das von der VW-Stiftung finanzierte Forschungsprojekt „Tschechoslowakische Sozialgeschichte 1948-1989“, das *Peter Heumos* am Collegium Carolinum durchführt, ist das Prager „Dum odborových svazu“ (Haus der Gewerkschaftsverbände) eine wichtige Adresse. Im dortigen Archiv liegt ein wesentlicher Teil der Quellen, die die Basis für die Erforschung der Lage der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft nach 1948 bilden. Und so war das Gewerkschaftshaus der passende Ort für den zweiten Workshop des Projekts am 27. und 28. April 2000. Teilnehmer waren neben dem größten Teil der Referenten und Diskutanten des ersten Work-Shops¹ Mitarbeiter des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Studien, der Universität Frankfurt/Oder, des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts, des Slezský ústav Opava (Troppau) und nicht zuletzt auch Vertreter der Gewerkschaften.

In seinen einführenden Überlegungen formulierte *Peter Heumos* Thesen über den „Nutzen der Sozialgeschichte“ für das Verständnis der Entwicklung der Tschechoslowakei nach dem Februar 1948. Die Vorstellung vom monolithischen Charakter sozialistischer Systeme und von einer strengen Dichotomie von Apparat und Gesellschaft sei empirisch nicht haltbar. Bei der Arbeit mit den Quellen offenbare sich eine weitaus kompliziertere Realität als die häufig vorausgesetzte „durchherrschte Gesellschaft“. Soziale Klassen – so *Heumos* – behielten auch in sozialistischen Systemen ihre eigene „Bewegungslogik“. Gerade in der Industriearbeiterschaft lasse sich eine bemerkenswerte Permanenz von Haltungen und Verhaltensweisen konstatieren, die auf lange Sicht auch auf die Politik der Staats- und Parteiführung durchgeschlagen habe.

Die folgenden drei Beiträge boten reiche Illustration zu diesen grundsätzlichen Feststellungen über die Tragweite und die Grenzen des Wandels in der Industriearbeiterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg: *Zdenek Jirásek* (Opava) zeigte am Beispiel der Textilindustrie, wie sich die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in wenigen Jahren radikal veränderte (Vertreibung der Deutschen, „Feminisierung“ der Produktion), während der Aufbau einer zentral dirigierten, „sozialistischen“ Textilbranche nur sehr zäh vorankam. Dieser langsame Strukturwandel lag allerdings auch an der konsequenten Bevorzugung der Schwerindustrie und ist – worauf *Karel Kaplan* (Prag) in der Diskussion hinwies – nicht aus dem Kontext der weltweiten Entwicklung der Textilindustrie zu lösen.

Am Beispiel des Ostrau-Karwiner-Gebietes stellte dann *Dušan Janák* (Opava) die soziale Lage der Bergarbeiter im ersten Nachkriegsjahrzehnt dar, wobei er besonders auf die Bedeutung der Zwangsarbeiter für diesen Industriezweig einging. Daran anschließend schilderte *Jirí Mašata* (Opava) die Entwicklung des Kreisgewerkschaftsrates des Ostrauer Gebietes zwischen 1948 und 1953. Diesem Gebiet wurde eine Schlüsselrolle in der neuen sozialistischen Wirtschaft zugesprochen, daher wurde der politische Wandel hier besonders forciert.

¹ Siehe: *Heumos, Peter: Sozialgeschichte 1948-1989: Industriearbeiterschaft und Genossenschaftsbauern. Ein Forschungsprojekt des Collegium Carolinum. In: BohZ 40 (1999) 213-217. – Ders.: Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren: Forschungsprobleme, Methoden, Vergleichsperspektiven. In: Ebenda 505-507.*

Darüber, welche Bedeutung den beeindruckenden Daten z. B. über die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft (1949 im Ostrau-Karwiner Gebiet 95 Prozent) zuzusprechen ist, entspann sich im Plenum eine lebhafte Diskussion: Während *Karel Kaplan* die von Grund auf veränderte Struktur und Funktion der Gewerkschaft nach 1945 betonte und schilderte, wie diese ein ganzes Jahrzehnt um ihre Rolle im neuen Staat kämpfte, was erst in den sechziger Jahren Früchte trug, wies *Peter Heumos* auf die Kontinuitäten hin, die diesen gewaltigen Umbruch überdauerten. Und zwar nicht allein in personeller Hinsicht – zahlreiche alte Sozialdemokraten konnten in der Gewerkschaft „überwintern“ –, sondern auch im Selbstverständnis, sahen doch Arbeiter wie Gewerkschaftsfunktionäre in den fünfziger Jahren im Streik noch ein ganz gewöhnliches Mittel des Arbeitskampfes. Und auch die Selbstverständlichkeit, mit der 1968 der Weg aus der Einheitsgewerkschaft zurück zu Einzelgewerkschaften gewählt wurde, weist darauf hin, daß bestimmte Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit die Brüche von 1938/39 und 1945/48 überdauert hatten. Diese kamen jedoch – das zeigte *Peter Heumos* in seinem Beitrag über „Das soziale Milieu der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft in den fünfziger und sechziger Jahren“ – meist nicht in Form eines gegen das System gerichteten, breitflächigen Widerstandes zur Geltung. Den Normalfall bildete eher Resistenz und lokal – oft sogar auf eine einzige Werkhalle – beschränkter Protest gegen Veränderungen der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Da die kommunistische Partei darauf angewiesen war, die Industriearbeiterschaft in den Staat zu integrieren und sie gleichzeitig zu mehr Leistung zu motivieren, mußte sie deren Verständnis von Arbeit und Eigenheiten (z. B. der starken Betriebsbindung) entgegenkommen. Dabei kam – zumindest in den fünfziger Jahren – der Gewerkschaft eine wichtige und nicht immer einfache Rolle zu. Vor allem Funktionäre der unteren und mittleren Ebene standen in Arbeitskonflikten zwischen den Arbeitern und der Partei. Das änderte sich erst in den sechziger Jahren, zunächst mit der konsequenten Durchsetzung des Parteijargons in den Gewerkschaftsprotokollen, dann – wie *Lenka Kalinová* (Prag) aus der Perspektive der damals aktiv Beteiligten berichtete – im Bemühen, der akuten Wirtschaftskrise mit einer umfassenden Reform Herr zu werden, die die Gewerkschaften von Grund auf erneuern und den einzelnen Betrieben innerbetriebliche Mitbestimmung bringen sollte.

Der zweite Tag der Veranstaltung war der DDR und Polen gewidmet. *Peter Hübner* (Potsdam) zeichnete anhand der „Identitätsmuster und Konfliktstrategien der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR 1945-1990“ die Entwicklung dieses für die DDR zentralen Milieus nach: Ähnlich wie in der Tschechoslowakei wurde auch in der SBZ/DDR überwiegend kleinräumig und als Protest gegen die Arbeitsbedingungen (Einkommen, Normen, Arbeitszeit) gestreikt. Auch hier war es das erklärte Ziel der Partei, Streiks möglichst auf niedrigem Niveau beizulegen und die Gewerkschaft, die Elemente einer aus der Vorkriegszeit stammenden Auffassung gewerkschaftlicher Interessenvertretung mitbrachte, der Partei unterzuordnen. Das erwies sich jedoch als schwieriges Unterfangen: Während die Industriearbeiterschaft einerseits durch die bis 1961 anhaltende Massenflucht in den Westen geschwächt wurde, stärkten andererseits die überwiegend älteren Facharbeiter, die in der DDR blieben, ein traditionelles Verständnis von Arbeit. So entstand – befördert von der offiziellen Ideologie und den offensichtlichen Vorteilen, die es mit sich brachte, Industriearbeiter zu sein – eine sehr selbstbewußte, außerordentlich zahlenstarke Industriearbeiterschaft. Erst in den achtziger Jahren wurde offensichtlich, daß es sich hierbei um das „Relikt einer Entwicklung“ handelte, das gewaltige soziale Probleme produzierte.

Im Beitrag von *Thomas Reichel* (Potsdam) ging es zurück an die Wurzeln dieser Probleme und zu unvollendeten Versuchen, diese frühzeitig zu bewältigen. Seit Anfang der sechziger Jahren wurde in der DDR um eine Wirtschaftsreform gerungen, die Innovation und Leistungsbereitschaft in den Betrieben durchsetzen sollte. Mittel dazu sollten die bereits in den fünfziger Jahren ins Leben gerufenen „sozialistischen Brigaden“, Wettbewerbe und später ein differenzierteres Lohnsystem sein. Diese Pläne waren zum Scheitern verurteilt, da – wie *Reichel* argumentierte – die SED zu keinem

Zeitpunkt bereit war, den kleinen Teil ihrer Macht abzugeben, dessen es bedurft hätte, um Mitbestimmung in den Betrieben möglich zu machen. Nicht an der Resistenz der Arbeiter, sondern an der eigenen Unfähigkeit, diese zur Mitarbeit zu motivieren, sei die SED letztlich gescheitert.

Auch im Beitrag von *Dagmara Jajesniak-Quast* (Frankfurt/Oder) bildete die Frage, inwieweit die Regierung auf die Bedürfnisse der Arbeiter einzugehen vermochte, einen zentralen Punkt. Die Referentin stellte aus ihrem Forschungsprojekt über „Die sozialen und politischen Konflikte der Stahlarbeiter von Nowa Huta von der sozialistischen Industrialisierung bis zur heutigen Transformation“ die Ergebnisse zur Planungs- und Entstehungsphase von Nowa Huta vor. An dieser gewaltigen Baustelle, die zum Sinnbild des neuen, sozialistischen Polen stilisiert wurde, entstand in mancher Hinsicht ein neues Arbeitermilieu: Vor allem junge Männer vom Land kamen nach Nowa Huta, wo sie sich Ausbildung und sozialen Aufstieg erhofften. Da diese Hoffnungen so schnell nicht erfüllt werden konnten – die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Nowa Huta waren für die meisten sehr schlecht – wurde die Stadt zu einem nur schwer zu kontrollierenden sozialen Brennpunkt. Im Jahr 1956 ließ sie sich weder von den landesweiten Arbeiterprotesten isolieren, noch zu einem Zentrum des Widerstands gegen den Protest ausbauen. Nowa Huta war also nicht zu einer „Bastion der Partei“ geworden.

Auch dieses Fallbeispiel zeigte das diffizile Spannungsfeld von Führungs- und Kontrollansprüchen, von Integrationsbemühungen, Motivationsversuchen, Repression und begrenzter Lernfähigkeit, in dem sich die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber der Industriearbeiterschaft bewegte. Bei der Aufgabe, diese soziale Großgruppe zu integrieren, standen Regierung und Partei in der Tschechoslowakei, der DDR und Polen – so unterschiedlich die Verhältnisse in den drei Ländern auch waren – vor ganz ähnlichen Problemen. Diese resultierten nicht in erster Linie aus grundsätzlicher Opposition der Arbeiterschaft gegen den „Aufbau des Sozialismus“. Vielmehr war diese augenfällig an den Themen orientiert, die ihren unmittelbaren Alltag betrafen. Der Schritt zur „großen Politik“ – zum Protest auf höherer Ebene und in breiterer Form – erfolgte im allgemeinen erst dann, wenn die Interessen oder Besitzstände der Arbeiter massiv angegriffen wurden und eine zufriedenstellende Verhandlungslösung vor Ort nicht mehr möglich schien.

In allen drei Gesellschaften waren die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte eine Zeit voller sozialer Konflikte. Gerade in der Industriearbeiterschaft, laut offizieller Ideologie Hauptträgerin und Hauptprofiteurin des Sozialismus, war resistentes Verhalten an der Tagesordnung. Die Konfliktlinien verliefen dabei jedoch in vielen Fällen ganz anders, als in der nach wie vor primär politikgeschichtlich ausgerichteten Sozialismusforschung in der Regel angenommen wird. Das zeigte der Work-Shop, dessen Ergebnisse in einem Themenheft der Bohemia veröffentlicht werden, sehr deutlich.

Christiane Brenner